

Niederschrift

Gremium			
Haupt- und Finanzausschuss			14. Sitzung
Sitzungsort		Sitzungstag	
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			19.06.2012
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
12.06.2012		17:00 Uhr	20:15 Uhr

Anwesend sind:

<u>Vorsitzende/r</u> Töpfer, Uwe	Bürgermeister	
Ratsmitglieder CDU Coroly, Marc Hüttenmeister, Monika Köster, Nadine Kremer, Dieter	CDU CDU CDU CDU	anwesend ab 17:05 Uhr anwesend bis 20:13 Uhr
Ratsmitglieder SPD Berges, Günter Borner, Kurt Fernholz, Wilfried Meckel, Birgit Wottrich, Sven	SPD SPD SPD SPD	anwesend bis 19:40 Uhr Vertretung für Frau Anke Vetter
Ratsmitglieder FDP Rittel, Jürgen Viebahn, Stefan Dr. agr.	FDP FDP	
Ratsmitglieder UWG Kreßner, Manfred Schellberg, Wolfgang	UWG UWG	anwesend bis 19:38 Uhr
Ratsmitglieder WfM Alefelder, Stephan Fuchs, Timo Liebig, Rolf Schneider, Wilfried	WfM WfM WfM WfM	

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder SPD Vetter, Anke

SPD

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig Himmeröder, Manfred Hombitzer, Armin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

		Drucksache Nr.
1	Sanierungsplan im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes	BV/058/12
		/1

BM Töpfer berichtet zunächst von dem gestrigen Treffen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum Thema "Stärkungspakt Stadtfinanzen" in Witten.

Einige wenige Kommunen haben bereits einen Sanierungsplan beschlossen, die Mehrzahl befindet sich allerdings noch in der Entscheidungsphase. Um auf der Ausgabenseite Entlastungen zu erzielen, wurde gestern ein gemeinsames Positionspapier entworfen, indem an das Land appelliert wird, die Kreise in den Stärkungspakt und seine Vorgaben mit einzubeziehen, zumal das Umlagegenehmigungsgesetz bisher nur als Entwurf vorliegt. Für dieses Positionspapier sollen die Teilnehmer bis Ende der Woche Listen einreichen, aus denen die im Zuge des Sanierungsplans vorgesehenen Schließungen von Einrichtungen bzw. das Zurückfahren von Dienstleistungen hervorgehen.

Eine Änderung bzw. Nachbesserung des Stärkungspaktgesetztes ist in der jetzigen Phase nicht mehr zu erwarten, wird aber ebenfalls in dem Positionspapier gefordert. Diese Resolution wird am 30.06.2012 an die Landesregierung übermittelt.

BM Töpfer und Kämmerer Himmeröder erläutern die weitere Vorgehensweise sowie die neuen überlassenen Unterlagen.

Aus den neuen überarbeiteten Unterlagen ist ersichtlich, dass es gelungenen ist, einen ausgeglichenen Sanierungsplan bis 2021 zu erstellen. Dies setzt allerdings voraus, dass keine größeren Abweichungen mehr erfolgen, da sodann die Steuern nachgebessert werden müssten. Hr. Himmeröder weist daraufhin, dass noch nicht alle neuen Ergebnisse aus den Fachausschüssen in den Sanierungsplan eingerechnet worden seien.

Im Anschluss diskutiert der Ausschuss ausführlich und klärt offene Fragen.

Nach einer 10-minütigen Sitzungspause wird die Sitzung um 19 Uhr fortgesetzt.

Danach berät der Ausschuss die Aufstellung der Beschlussvorlage (gelb gekennzeichnet) wie folgt:

1	Reduzierung der Politischen Gremien	Der HFA empfiehlt einstimmig eine Reduzierung für die nächste Wahl, so dass dies fristgerecht für 2014 be- rücksichtigt werden muss.
2	Bewirtung Rat/Ausschüsse	Der HFA empfiehlt einstimmig eine Streichung der Bewirtung.
3	Auslagerung Beihilfesachbearbeitung	Der HFA empfiehlt einstimmig die Auslagerung.
4	Personalbewirtschaftung	Der HFA empfiehlt einstimmig die Reduzierung der Stellen durch Nicht- wiederbesetzung, sofern vertretbar.
5	Bauhof-Sachkosteneinsparungen	
6	Zusammenlegung von Grundschulen	
7	Kostenreduzierungen im Schulbereich	
8	Aufgabe Bücherei	
9	Sporthallen	
10	Reduzierung Straßenbeleuchtung	
11	Aufstellen von Parkautomaten	Der HFA empfiehlt einstimmig die drei ausgewählten Standorte für eine Parkraumbewirtschaftung.
12	Abriss Parkpalette	g-
13	Einsparpot. Feuerwehren	Der HFA empfiehlt einstimmig die vorgesehenen Einsparpotenziale.
14	Erhöhung Elternbeiträge OGS	
15	Streichung Zuschuss Jugendzentrum	
16	Gemeindestraßen	
17	Gebäudemanagement	
18/ 18-	Gemeindesteuern	
1	Anhebung Grundsteuer A von 300 vH auf 600 vH bis 2016	Der HFA berät umfangreich zu den geplanten Anhebungen der Grundsteuer A, B und Gewerbesteu-
	Anhebung Grundsteuer B von 413 vH auf 925 vH bis 2016	er. Da die Fraktionsvorschläge zu den Hebeanpassungen horrend abwei- chen, soll ein einheitlicher Vorschlag
	Anhebung Gewerbesteuer von 440 vH auf 480 vH bis 2016	der Fraktionen im Anschluss an die Sitzung beraten und der Verwaltung mitgeteilt werden.
	Hundesteuer Anhebung um ca. 15 €/Hund	Der HFA empfiehlt einstimmig eine Anhebung.

	Zweitwohnungssteuer Anhebung um ca. 5 Punkte	Der HFA empfiehlt einstimmig eine Anhebung.	
19	Freiwillige Ausgaben	Der HFA empfiehlt:	
	 Zuschuss Musikschule 	einstimmig = Streichung	
	 Ausfallgarantie GTC 	einstimmig = nur Zurückführung auf 0	
O ta a to partirior corrait		6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Ent., 1 Befangen = Streichung	
	RAL Gütesiegel einstimmig = Streichung		
	IBZ Mitgliedsbeitrag	RM Coroly u. Schellberg befangen, einstimmig = keine Streichung	
	 Verschiedene Mitgliedbeiträge (Kreisorchester, Gymnasien Wipp.) 	7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen = keine Streichung	
	Gebirgsverein Mitgliedsbeitrag	3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen = keine Streichung	
	 Touristikverband Oberberg 	einstimmig = Streichung	
20	Verwaltungsgebühren	Der HFA empfiehlt einstimmig eine Erhöhung.	
21	Telefon-, Leasingkosten		
22	Planung und Entwicklung		
23	Grünflächen		
24	Konzessionsabgabe Wasserwerk	Der HFA empfiehlt einstimmig eine solche Erhebung.	
25	Zinsersparnisse durch Sondertilgungen	Der HFA empfiehlt einstimmig diese Sondertilgungen.	

Zum Punkt 18-1 diskutiert der Ausschuss sehr umfangreich und jede Fraktion legt ihre Standpunkte dar. Der Ausschuss wägt die verschiedenen Schritte einer möglichen Nicht-Anhebung, schrittweise Hebesatzanpassungen und einer möglichen Anfechtungsklage ab. Man bemängelt wieder die bisherige Beratung und die Unterdrucksetzung durch die Gemeindeprüfungsanstalt und die Bezirksregierung.

Alle Anwesenden sind sich der Verantwortung bewusst und suchen nach einer für die Bürgerinnen und Bürger zumutbaren Lösung. Man diskutiert die Konsequenzen eines Nichtbeschließens des Sanierungsplanes.

BM Töpfer legt nochmals deutlich die Konsequenzen dar, dass in einem solchen Fall eine Nachbesserung seitens der Bezirksregierung verlangt wird, bei Nichterfüllung die Mittel aus dem Stärkungspakt des Landes verloren seien und ein eingesetzter Sparkommissar einen sehr viel härteren Sparkurs fahren würde.

Zur weiteren Vorgehensweise und für einen geregelten Ablauf in der kommenden Ratssitzung einigt sich der Ausschuss darauf, dass zu den einzelnen Punkten zunächst die Ergebnisse aus Fachausschüssen genannt werden, evtl. die Fraktionsvorsitzenden ihr Abstimmungsergebnis benennen und danach eine Abstimmung erfolgt. Weitere Beratung ist in einzelnen Punkten selbstverständlich möglich.

2	Mitteilungen und Verschiedenes		
Er erfo	lgen keine Wortmeldungen.		
Vorsitz	ender:	Schriftführerin:	
gez. Uwe To Bürger	öpfer meister	gez. Susanne Schor	de